



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022

4825. 2020/249

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 10.06.2020: Mobilitätskonzept für eine autoarme Nutzung der Schulanlagen bei Projektierungskrediten für Schulbauten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2601/2020): Das Leben ist kompliziert geworden. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler in der Volksschule der Stadt Zürich wächst und wird voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren weiterwachsen. Die Stadt hat deswegen eine Schulraumoffensive lanciert. Es sind über 20 neue Schulanlagen und Erweiterungen von bestehenden Schulanlagen in Planung. In so einem Planungsprozess legt die Stadt dem Gemeinderat jeweils die Weisung für den Projektierungskredit vor. In der zuständigen Spezialkommission wird diese Weisung behandelt, neuerdings bevor der Projektwettbewerb ausgeschrieben wird. Das ist gut so. Ein Punkt, der immer wieder viel zu reden gibt, ist die Anzahl Autoparkplätze auf der Schulanlage; und ob diese ober- oder unterirdisch organisiert werden sollen. Wir Grünen sind der Meinung es sollen möglichst wenig Autoparkplätze bei Schulhäusern erstellt werden. Wegen dem Klimaziel der Stadt, den CO₂-Ausstoss in absehbarer Zeit auf Netto-Null zu senken, und weil die Schulanlagen in der Stadt durch den ÖV und den Veloverkehr gut erschlossen sind. Deswegen lautet unsere Devise für die Schulareale: weniger Autoparkplätze und mehr Grün- und Freiflächen für die Kinder, für Spiel und Bewegung. Andere Parteien sind anderer Meinung. Von dieser Meinungsvielfalt lebt unsere Demokratie. Damit in der zuständigen Kommission und im Gemeinderat die Diskussion fundiert geführt werden kann, braucht es ein Mobilitätskonzept für jede neue Schulanlage. In einem solchen Konzept geht es um die Erschliessung der Schulanlage und um Fahrzeugabstellplätze auf dem Schulareal. Insbesondere wird der Pflichtbedarf an Auto- und Veloabstellplätzen gemäss den Vorgaben der Parkplatzverordnung und den zugehörigen Richtwerten für spezielle Nutzungen ermittelt. Zudem wird die Anwendung von Art. 8 der Parkplatzverordnung thematisiert, der die Reduktion der Anzahl Parkplätze im Rahmen einer autoarmen Nutzung ermöglicht. All diese Punkte werden in einem Mobilitätskonzept geprüft und offen dargelegt. Gestützt auf die Auslegeordnung können die Fraktionen und der Gemeinderat fundiert entscheiden, welche Infrastruktur für welche Art von Mobilität bereitgestellt werden soll. Dabei ist wichtig, dass das Mobilitätskonzept bereits beim Projektierungskredit vorliegt, das ist die Forderung unseres Postulats. So kann der Gemeinderat rechtzeitig Weichen stellen und der Aspekt der umweltfreundlichen Mobilität kann ins Wettbewerbsprogramm einfließen. Leider entspricht das nicht der heutigen Praxis. Ein Mobilitätskonzept wird meistens erst bei der Ausarbeitung des Bauprojekts erstellt oder gar nicht. Tatsächlich gibt es neue Schulanlagen, die ohne Vorliegen eines Mobilitätskonzepts realisiert werden. Das ist nicht mehr zeitgemäss, deswegen bitte ich Sie diesem sinnvollen Postulat zuzustimmen.



Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Juni 2020 gestellten Ablehnungsantrag: Im ganzen Kanton Zürich herrscht ein akuter Lehrpersonenmangel. Durch Corona wurde dies noch verschärft, der Lehrpersonenmangel war aber schon vorher da. Der Mangel ist so akut, dass Regierungsrätin Silvia Steiner zum Notfallplan greifen musste, und es werden Leute eingestellt, die kein Lehrdiplom haben. Es ist nicht so, dass sie in der Stadt Zürich zwischen vielen Bewerbungen für Lehrerpositionen auswählen können, wer mit dem Auto oder mit dem Velo arbeiten kommt. Ihr sagt, es gäbe gar keine Leute, die mit dem Auto arbeiten wollen, aber das ist eine Fantasievorstellung. Es ist nicht so. Vor kurzem hatten wir in der Sachkommission Präsidialdepartement/Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) einen SP-Kreisschulpräsidenten zu Gast, der uns sagte, dass eine der ersten Fragen beim Vorstellungsgespräch ist: «Hat es einen Parkplatz?». Ich merke, Sie machen die Augen und die Ohren zu. Es geht Ihnen um das vermeintliche Wohl der Kinder, aber am Schluss des Tages geht es um Ihre ideologische Weltsicht und nicht darum, dass die Kinder den besten oder überhaupt einen ausgebildeten Lehrer bekommen, sondern darum, dass der Lehrer nicht mit dem Auto kommt. Denken Sie in diesem Moment an die harte Realität in den Schulen, sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen der Kreisschulpflegepräsidien, der Schulleitungen usw. und lehnen Sie diesen Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Natalie Eberle (AL): Dass man ein Mobilitätskonzept erstellt, bevor man einen Wettbewerb für ein Schulhaus ausschreibt, finden wir von der AL mehr als sinnvoll. Es geht dabei nicht darum, dass man Parkplätze abbaut und keine Parkplätze mehr gebaut werden. Es geht darum, dass die Anzahl Parkplätze gebaut werden, die mit der Grösse eines Schulhauses vereinbar sind. Dass man dies vorgängig plant, ergibt Sinn. Es ist auch nicht so, dass man den Lehrpersonenmangel aufheben kann, wenn man genügend Parkplätze zur Verfügung stellt. Der Lehrpersonenmangel ist ein längeres Problem. Da müsste man andere Wege gehen, um dies anzupacken und zu lösen. Wir unterstützen dieses Postulat.

Yasmine Bourgeois (FDP): Es geht um eine autoarme Nutzung. Schulanlagen werden heute schon autoarm genutzt und Mobilität bei Schulanlagen wird von den Lehr- und Betreuungspersonen, vom Unterhaltspersonal und von den Sicherheitsfahrzeugen verursacht. Ich gehe davon aus, dass wir die Schulanlagen nicht verlottern lassen und auch künftig die Sicherheitsbedürfnisse abdecken wollen. Beim Lehr- und Betreuungspersonal muss ich Stefan Urech (SVP) recht geben: Der Vorstoss verkennt die Situation am Arbeitsmarkt und verschärft die Situation. Die Arbeitnehmer können auswählen. Dazu kommt, dass viele dieser Personen Teilpensen haben und in verschiedenen Schulhäusern im ganzen Kanton unterwegs sind. Sie sind zwingend darauf angewiesen von einem Schulhaus ins nächste Schulhaus zu kommen, auch gemeindeübergreifend. Sie sind dann die Leidtragenden, wenn sie zwischen zwei Einsätzen hin und her hetzen müssen, oder gar nicht mehr hinkommen. Die Alternative ist, dass man diese Stellen künftig nicht mehr besetzen kann. Die FDP sieht deswegen keinen Handlungsbedarf in die vorgesehene Richtung. Handlungsbedarf sehen wir in einem anderen Bereich: Man



3 / 3

könnte dem Personal die Möglichkeit bieten, ihre E-Bikes und Autos in den Schulhäusern aufzuladen. Ausserhalb der Schulzeit könnte man das Angebot auch für die Quartierbevölkerung öffnen und das gäbe mit einem relativ geringen Aufwand eine deutliche Erhöhung der Dichte an Ladeangeboten. Die FDP hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Die Grünen haben ihn abgelehnt. Das hat gezeigt, dass es Ihnen um die Parkplätze geht und nicht ums Klimaziel. Wir lehnen diesen Vorstoss ab.

Das Postulat wird mit 77 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat